

Ergebnisse des 4. Hamburger Wärmedialogs / 53. Ratstreffen des Zukunftsrates am 1.9.2015

Leitfragen:

1. Wie kann die Fernwärmeversorgung in Hamburg zukunftsfähig, insbesondere klimafreundlich, weiterentwickelt werden?
2. Ist das Fernwärmeprodukt „Fernwärme Natur Mix“ für die Umsetzung der Klimaziele geeignet?
3. Welche Lösung favorisieren Sie für den Ersatz des Kohle-Kraftwerks Wedel in Bezug auf Technik und Standorte?

Eingangsstatement Christian Maaß, Hamburg Institut:

Zu Frage 1: Die Fernwärme ist eine wichtige Infrastruktur für die Energieverteilung. Besonders gut geeignet für klimafreundliche Wärmeversorgung. Man muss dezentrale Energien einsammeln und verteilen. Bislang noch nicht genug Möglichkeit dazu. Beispiele für Quellen, die eingespeist werden können: Geothermie in Wilhelmsburg, Energiebunker in Wilhelmsburg – davon brauchen wir mehr, Industrieabwärme, auch von Gewerbebetrieben – Leitmotiv: Energie einsammeln, die schon da ist oder dezentral sauber erzeugt werden kann. Nötig sind Machbarkeitsstudien und dann muss man es konkret angehen.

Zu Frage 2: Grüne Fernwärme ist grundsätzlich sinnvoll. Es muss aber auch gut gemacht sein. Das Vattenfall-Produkt „Fernwärme Natur Mix“ ist gegenwärtig nicht sinnvoll. Muss anders gestaltet werden. Bislang nicht viel mehr als ein willkürliches Etikett ohne jeglichen Rechtsrahmen, weder auf Landes- noch auf Bundesebene. Die EU erlaubt nationale Regelungen zu Wärme-Herkunftsnachweisen. Deutschland oder Hamburg hat dazu nichts umgesetzt. Daher kann eine Doppelvermarktung grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Im Falle von Vattenfalls „Fernwärme Natur Mix“ fehlt darüber jeglicher ökologischer Zusatznutzen, der einen Aufpreis von 40% und eine besondere Kennzeichnung als „erneuerbare Fernwärme“ rechtfertigen würde.

Der B-Plan Altona-Nord 26 wird durch die Versorgung mit dem Produkt „Fernwärme Natur Mix“ aus Sicht von C. Maaß und des Hamburg Institutes nicht erfüllt.

Zu 3. Frage: KWK insgesamt auf den Prüfstand stellen, auch wenn die geplante KWK-Novelle der Bundesregierung neue Anreize gibt. KWK ist eine Effizienztechnologie, keine erneuerbare saubere Energie. KWK ist nicht zukunftsweisend, da es weiterhin auf fossile Primärenergieträger setzt. Fixierung darauf deshalb im BET-Gutachten falsch. Entscheidend ist, wie man EE am besten ins FW-Netz integrieren kann (siehe Frage 1). Wir sollten bei den anstehenden großen Investitionsentscheidungen viel mehr in die Zukunft schauen. Die Zukunft heisst „EE-Fernwärme“. Wenn schon KWK, dann möglichst klein. Die Standortentscheidung sollte nach Verträglichkeit entschieden werden mit den angrenzenden Nachbarn und den weiteren Schutzgütern.

Eingangsstatement Hanne Harder, Hamburger Wärmedialog:

zu Frage 1: Hat den Eindruck, dass 2011 schöne Gedanken zum Klimaschutz und zur Hamburger Energiewende gemacht wurden, dass die aber in den letzten 4 Jahren weitgehend über Bord geworfen wurden. Gewonnener Netzerückkauf-Volksentscheid in 2013 gibt Hoffnung, dass sich gemeinsam was tut in Sachen Klimaschutz.

Zu Frage 3: Daran muss weiter gearbeitet werden, insbesondere im Hinblick auf Ersatz Wedel. Es darf nicht sein, dass in 2015 eine Vorentscheidung für die nächsten 40 Jahre getroffen wird, die kaum Raum für Klimaschutz und eine zukunftsfähige Fernwärmeversorgung in Hamburg mehr lässt. Immerhin ist die Stadt Hamburg Miteigentümerin bereits jetzt schon. Die Verträge aus 2011 zwischen der Stadt und Vattenfall, die auch die Verträge von Anfang 2014 bzgl. der Fernwärme-Übernahme prägen, sind wie ein „Gordischer Knoten“, der nun endlich durch Verzicht auf das

„GuD-Szenario“ in den Verträgen durchschlagen werden muss! Jetzt müssen die Handelnden Mut beweisen, nicht in 5 oder 10 Jahren. Das BET-Gutachten hilft dabei, da es sinnvolle und ökonomisch machbare Alternativen aufzeigt. Konkret ist es notwendig, erst 100% bis Mitte 2017 zurückzukaufen und dann über größere Investitionen sowie eine Netzmodernisierung zu entscheiden. Hamburg werden bislang von Vattenfall die wesentlichen Netzdaten verweigert. Nur auf Basis aller Zahlen und Daten kann aber das Parlament verantwortungsvoll entscheiden.

zu Frage 2: In der Neuen Mitte Altona wird eine neue FW-Trasse gebaut. Das wirft Fragen nach Vielfalt der Versorgung auf. Das Produkt VF „Fernwärme Natur Mix“ beinhaltet keinen Klimaschutzbeitrag.

Eingangsstatement Jens Kerstan, Senator für Umwelt und Energie:

zu Frage 1: Gas und FW werden erst 2018/2019 vollständig rekommunalisiert. Stimmt Optionen für FW, die Christian Maaß vorgestellt hat, weitgehend zu. Aber Zeitschiene ist zu beachten, vorhandene Rahmenbedingungen, z. B. vom Vorgängersensat geschlossene Verträge. Ziel: Bei FW-Versorgung weg von Kohleversorgung.

zu Frage 2: Auch in der Mitte Altona hat der Vorgängersensat Entscheidungen und Vorfestlegungen getroffen. Aus seiner Sicht hätte es bessere Lösungen gegeben als Vertrag mit VF. EE hätte besser eingebunden werden können. Aber immerhin Versorgung mit EE (Auf Basis des Vattenfall-Produktes „Fernwärme Natur Mix“). Bbauungsplan Altona: Bei Einsatz KWK oder Abwärmenutzung 30% EE. Ist eingehalten. Dies sieht Senator Kerstan anders als C. Maaß vom Hamburg Institut.

Es gibt noch keine Regelungen für Bilanzierung, so dass Gefahr für Doppelvermarktung besteht. Es ist gesetzlich aber auch nicht ausgeschlossen, so zu verfahren. Senator Kerstan meint aber, in diesem konkreten Fall wird nicht doppelvermarktet. Die beiden Anlagen, mit denen „Fernwärme Natur Mix“ erzeugt wird am Standort Borsigstrasse, sind nach 2011 in das Eigentum der VWH gelangt. Primärenergieträger: Biomethan und Altholz. Bilanziell wird das den „Fernwärme Natur Mix“-Vertragskunden zugeschrieben. Diese beiden Anlagen dienen auch der Versorgung der Mitte Altona. Guter Hinweis von Hamburg Institut, dass bei verstärkter Einspeisung von EE durch Drittanbieter zukünftig gewährleistet sein muss, dass keine Doppelvermarktung erfolgt.

zu Frage 3: Ersatz Wedel: In der Behörde ist noch keine Entscheidung darüber getroffen worden. Die Vorschläge des Gutachtens werden jetzt geprüft. Das FW-Netz umzubauen in primäres und mehrere Subnetze mit unterschiedlichen Temperaturen wird mittel- und langfristig verfolgt. Eine Ersatz-Lösung für Wedel soll dem nicht im Weg stehen. Zur Standortfrage Wedel oder Stellingen: Wichtig ist eine möglichst kleine Lösung und viel Abwärme-Integration. Aurubis Industrieabwärme in das FW-Netz einspeisen. Problem: Aurubis ist an falscher Seite des FW-Netzes. Daten von VF fehlen, ob es möglich ist, Wärme aus Tiefstack und Hafencity ins westliche Netz einzuspeisen.

Die Sozialverträglichkeit, d. h. kostengünstig für Verbraucher – ist auch zu berücksichtigen.

Favorisiert wird eine deutlich kleinere Anlage als im Vertrag mit VF festgelegt. Ergänzung durch kl. Biomasse-HKW und Industrieabwärme sinnvoll. Nach Vertrag VF zwingend dieses Jahr Entscheidung, ob die Call-Option für das „GuD-Szenario“ gezogen wird oder nicht. Nur diese Entscheidung muss bis Ende des Jahres fallen. Auch wegen befristeter KWK-Förderung (Novelle KWK-Gesetz), da Stand heute dieses Gesetz nur Anlagen fördert, die bis 2020 in Betrieb gehen. Wenn man kein GuD in Wedel bauen will, dann muss keine Entscheidung in diesem Jahr fallen und die Überlegungen zur Alternative können länger dauern. Dann muss die Stadt aber auch Wedel übernehmen und entsorgen und neue Lösung finden. Diese Entscheidung wird bis Ende des Jahres geprüft. Nach dem bestehenden Vertrag ist das GuD in Wedel zu groß dimensioniert. Eine Option ist es, mit Vattenfall über ein kleineres GuD zu verhandeln.

Ansonsten Alternativszenario. Nachteil dann: Das KoKW Wedel wird länger als 2019 laufen müssen, da Planungsprozess neu, Planfeststellungsverfahren neu. Das erhöht die CO2-

Emissionen möglicherweise. Wenn es länger läuft, jedes Jahr überschaubare Erhaltungsinvestitionen, aber man kann das jährlich neu machen und dann abschalten. Auch wegen dem KWK-Gesetz müssen Verhandlungen mit Vattenfall und SPD über Ausstieg aus GuD-Szenario stattfinden (Stichwort: Wirtschaftlichkeit).

Podiumsdiskussion:

Hanne Harder fragt Senator Kerstan: Im GuD-Szenario kann der Fertigstellungstermin 2019 ohnehin nicht mehr eingehalten werden kann wegen der Bauzeiten, die sich auch in Wedel verlängern würden. Aus meiner Sicht wäre das „GuD-Szenario“ nicht vor 2022 fertig. Der Grund dafür liegt in den beklagten Genehmigungen und den schwierigen Rahmenbedingungen vor Ort.

Jens Kerstan:

Es ist richtig, die Fristen sind im „GuD-Szenario“ sehr ehrgeizig. Theoretisch noch möglich. Die Zuschüsse für KWK-Anlagen gibt es nur noch, wenn sie bis 2020 errichtet werden. Kein Automatismus, dass GuD-Szenario ausscheidet. Muss mit SPD abgestimmt werden.

Christian Maaß:

Solche Investitionen müssen über 20 Jahre gerechnet werden. Überlegungen zu Zuschüssen für Anlagen-Betreiber als Anreiz für Bau solcher Anlagen sind Fehlanreize für die Energiewende und den klimafreundlichen Umbau unserer Energieversorgung. In Deutschland haben wir eine Kilowattstunden-bezogene Förderung. Unsinnig sind Zuschüsse für Neubau in Norddeutschland, da genug Windenergie. Wir haben heute schon das Problem, dass der viele Strom gar nicht vermarktet werden kann wegen Engpässen im Stromnetz und temporärer Überproduktion. BET-Gutachten ist dafür keine Grundlage. Genauere Abschätzung ist für Entscheidung nötig. Wenn KWK, dann möglichst klein. Weiterhin ist völlig offen, ob die Strompreisentwicklung nach unten sich weiter fortsetzt. Dann helfen auch angehobene KWK-Fördersätze nicht weiter. Was wir brauchen zukünftig für ein funktionierendes Energieversorgungssystem, sind jede Art von Flexibilitäten.

Weiterhin Widerspruch zu Kerstans Einschätzung zur Neuen Mitte Altona zur Erfüllung des Bebauungsplans. Dort stehen explizit aufgezählte dezentrale Technologien drin. Dort steht nichts dazu, dass bilanzielle FW den Anforderungen entspricht.

Und das Problem der Doppelvermarktung ist nicht gelöst. Es muss so geregelt werden, dass es dem B-Plan entspricht.

Jens Kerstan:

Frage zur Rechtlichen Einschätzung zur Doppelvermarktung und B-Plan Altona. Kerstan bleibt dabei, dass die beiden Anlagen in der Borsigstraße nicht doppelvermarktet werden.

Jens Kerstan auf Frage von Hanne Harder, wie es zum FW-Vertrag mit Vattenfall in Altona kommen konnte: Lag nicht in meinem Verantwortungsbereich, Vorgängersenaat (Einwand aus Publikum: Aber Einfluss über Koalitionsvertrag wäre möglich gewesen...).

Jens Kerstan zu Frage Matthias Ederhof zur Doppelvermarktung – Sicherstellung, dass das nicht passiert: In der Behörde wurde geprüft, ob Angebot Borsigstraße mit Nachfrage Altona übereinstimmt. Es passt mengenmäßig. Außerdem wird geprüft, ob eine gesetzliche Grundlage eingeführt werden sollte, die eine Doppelvermarktung ausschliesst, d. h. Einführung einer Bilanzierungs- und Herkunftsnachweisregelung.

Publikumsfragen an das Podium:

Frage aus Publikum (Baugemeinschaft Mitte Altona), warum Zwangsabschluss mit Vattenfall in Altona. Und wie ist das genau mit der neu errichteten dritten Linie in der MVA Borsigstrasse? Kritik

an den Vorgaben in den Ausschreibungen für die Baugemeinschaften und Nichtbeantwortung der Anfrage an den Senat.

Jens Kerstan: Antwort muss noch mit Behörde für Stadtentwicklung abgestimmt werden. Am Standort Borsigstraße gab es bereits vor 2011 drei Linien zur Müllverbrennung. Die dritte Linie (Altholzverbrennung) wurde in 2011 zur KWK-Anlage umgebaut, also gleichzeitige Strom- und Wärmeerzeugung. Das ebenfalls dort schon vor 2011 vorhandene Biogas-BHKW wurde später von Vattenfall gekauft. Aus BUE-Sicht gibt es daher weder eine Doppelvermarktung, da der gegenwärtig ausgewiesene Primärenergiefaktor (PEF) vor dem Eigentumsübergang des BHKW bzw. Umrüstung der dritten MVA-Linie ermittelt wurde, noch einen Verstoß gegen den B-Plan.

Matthias Ederhof: Eine endgültige Klärung wird wohl nur ein Gericht herbeiführen können.

Bernd Schwarzfeld: Das aktuelle PEF-Zertifikat wurde in 2012 ausgestellt und beurteilt den Bilanzzeitraum 2009 bis 2011.

Dirk Seifert Frage an Kerstan zur möglichen Beschleunigung des Rückkauf der FW schon in 2017, um handlungsfähig zu sein. Bislang entstand der Eindruck, daß der späte Termin 2019 in den FW-Kaufverträgen durch Steuerrückzahlungen und das Umwandlungsgesetz bedingt sei.

Weiterhin Frage zur Einspeisung dezentraler FW: Wie ist die Meinung der Behördenleitung dazu?

Weiter zu Wedel: Es gibt den Vorschlag von C. Maaß, sich von KWK-Gesetzen zu verabschieden. Warum wird das bei Entscheidung Wedel nicht berücksichtigt.

Jens Kerstan:

Zu letzter Frage – Gutachtauftrag ist vom Vorgängerssenat erteilt. Aber es ist in der Diskussion, welche Schlussfolgerungen für Wedel und die Ersatzlösung zu ziehen sind. Zum Thema ob KWK sinnvoll oder nicht, gibt es unterschiedliche Meinungen, auch innerhalb der Grünen Partei, auch von anderen Gutachtern und Experten. Hamburg müsste Bundesrats-Entscheidungen zu KWK-Gesetz beeinflussen können, um die Vorschläge des Hamburg Instituts umzusetzen, letztlich eine Frage der Mehrheiten.

Konkurrenz zentrale FW – Einspeisung dezentrale Einzelanlage: Keine abschließende Meinung. Auch EE als Alternative oder als Ergänzung wird zur Zeit in der BUE diskutiert. Soll sich genauer angesehen werden, ob der großtechnische Einsatz von EE in der Fernwärme eine Alternative ist. Es gibt eine wichtige Randbedingung, dass das Netz aufrecht erhalten werden muss. Gibt noch keine Einigkeit bei den Grünen dazu.

Jens Kerstan zur 1. Frage von Dirk Seifert (VWH-Übernahme in 2019 oder 2017):

Dirk Seifert hat Recht in Sachen Umwandlungssteuergesetz, d. h. die Sperre von 5 Jahren für Steuervorteile aus Abspaltung läuft in 2017 ab, daher frühere Übernahme aus steuerlicher Sicht möglich. 2019 wurde vom Vorgängerssenat gewählt, weil das GuD in Wedel nicht schneller gebaut werden kann. Das scheint der wahre Grund (für die SPD) gewesen zu sein.

Der Vertrag ist nicht einseitig aufkündbar, um 2017 zu realisieren. Vattenfall wird wohl nicht einverstanden sein und auch SPD nicht unbedingt dafür. Aber es wird geprüft. Vattenfall würde sich das auch sicherlich bezahlen lassen. Ein Bau eines großen GuD durch Vattenfall bedeutet finanzielle und technische Risikotragung des Projektrisikos durch Vattenfall. Wenn Stadt baut, muss sie das Risiko tragen und auch Know How für KW-Bau bei der Stadt nicht vorhanden. Sie müsste also externe Auftragnehmer beauftragen. Das wird aber alles eruiert zur Zeit.

Christian Maaß zu KWK:

Wärme einer KWK-Anlage ist nicht nur reine Abwärme. Kann nicht in FW-Netz eingespeist werden (wird kritisiert aus dem Publikum). 30-40 Grad reichen nicht. Solche Niedertemperaturnetze sind noch in der Erforschung. Es kann auch Wärme rauskommen, die für das FW-Netz geeignet ist. Bei Anhebung der Temperatur bekommt man aber weniger Strom raus, dann ist es nicht reine

Abwärme, sondern es muss zusätzlich Brennstoff verbrannt werden. KWK ist fossile Energie. Wir müssen davon weg. Deswegen müssen KWK heruntergefahren werden. KWK besser als gar nichts, aber nicht Ausbau forcieren. Neues Förderdesign muss dafür sorgen, dass Anlagen nur dann laufen, wenn EE nicht laufen. Förderdesign darf nicht auf Kilowattstunden setzen, sondern muss auf Flexibilität setzen.

Hanne Harder zu GuD-Szenario:

Der Senat sollte nachverhandeln, da vertraglich vereinbartes GuD-Szenario nicht umsetzbar. Steht im Vertrag nicht auch, dass die Inbetriebnahme nicht bis 2018 möglich sein soll? Sie weist nochmal darauf hin, dass das vertragliche vereinbarte GuD-Szenario gar nicht mehr möglich ist. Außerdem bedeutet jede Änderung auch ein neues Genehmigungsverfahren in Wedel, was wiederum Verzögerungen mit sich bringt.

Jens Kerstan: Kann sein oder auch nicht. Wird gerade geprüft, ob und wann bei welchen Änderungen neues Genehmigungsverfahren notwendig ist und wann nicht. Auch Prüfung, ob neues Planfeststellungsverfahren bei Energiewechsel, z. B. KWK-Anlage mit Großmotoren als flexible, weniger riskante Lösung. Es können z.B. 3, 4 oder 5 gebaut werden. Vorteil: Viel mehr Flexibilität. Die Frage, ob man damit volles Planfeststellungsverfahren machen muss, ist noch nicht abschließend geklärt. Wird geprüft, ob in jetzigem Verfahren machbar. Großmotoren sind aber lauter und produzieren mehr NOx. Zu Stellungen: Noch größeres Problem mit NOx-Grenzwerten in der Stadt, die ohnehin schon zu hoch sind.

Wenn GuD-Szenario nicht geht, dann Alternativszenario und nicht Neuverhandlung. Dann muss geht das alte KoKW von Vattenfall an die Stadt Hamburg über und muss von ihr auch entsorgt werden. Die vorhandene Risiken am Standort Wedel durch Klagen Anwohner, Probleme auf der Zeitachse – räumt Kerstan ein. Möglicherweise auch Fristverlängerung einvernehmlich für die Call-Option verhandelbar über 31.12.15 hinaus.

Matthias Ederhof: „Alternativszenario“ im Kaufvertrag stößt das Tor auf für alles, das nicht GuD und groß und in Wedel ist.

Manuel Gottschick:

Bringt neuen Aspekt ein: Es bleibt im BET-Gutachten offen, wie hoch tatsächlich der FW-Energieverbrauch ist. Wir sollten nicht nur die Energieerzeugung betrachten. Auch hier gibt es das Problem, dass Vattenfall diese Eingangsdatenfragen nicht transparent und nicht vollständig beantworten wollte und will. Also Daten zum tatsächlichen Bedarf, zeitlich und saisonal und räumlich genau aufgelöst, für die unabhängige Beurteilung des Bedarfs an Energie, auch zeitlich, d. h. wann wird die Energie verbraucht.

Jochen Menzel, Zukunftsrat, bittet um Erläuterung des Begriffs Primärenergiefaktor durch Christian Maaß. An Kerstan: Wurde schon untersucht, wie Nachverhandlungsmöglichkeiten aussehen?

Dietrich Rabenstein:

Frage zu EE im FW-Netz. Bislang sind 1,1% der VWH-Fernwärme wirklich erneuerbar (Müllwärme nicht eingerechnet), also die physische Basis für „Fernwärme Natur Mix“. Nachdem Sie jetzt das etwas anrühige neue Produkt „Fernwärme Natur Mix“ jetzt legalisiert haben, stehen ja weitere neue (mind. 4-5) Baugebiete nach gleichem Muster an. Das steht ja auch im Koalitionsvertrag: „Bei neuen großräumigen Entwicklungen sollen die Aufnahme in das Gesamtverfahren geprüft werden.“. Es sei denn Sie machen das, was bereits vorgeschlagen wurde: Ein anständiges Hamburger Wärmenetzgesetz. Wann kommt es?

Jens Kerstan:

Bei weiteren Baugebieten in anderen Stadtteilen soll das Produkt auch zum Einsatz kommen. Wenn das FW-Netz zu 100% kommunal ist, wird Senat über Weiterentwicklung des Netzes entscheiden. So ist der Passus in Koalitionsvertrag zu verstehen.

VWH hat seit 1. Juli 2015 einen neuen Geschäftsführer: Pieter Wasmuth. Kerstan hat mit ihm geredet. Spannendes Gespräch. Wasmuth sprach immer nur von „wir“. Versucht Eindruck zu erwecken, dass VWH kooperativ ist. Kerstan hatte ein Signal erwartet, dass VWH das GuD nicht mehr bauen möchte. Kam nicht. Sehr deutlich, dass VWH mit Stadt zusammen Vertrag umsetzen und GuD bauen will. Bei der Größe ist VWH flexibel und auch bei der Ergänzung durch EE. Entscheidende Punkte werden in der AR-Sitzung Mitte September besprochen. Es gibt in der VWH auch einen neuen AR-Vorsitzenden Hatakka (Chef auch von Vattenfall Europe), der die Sitzung leiten wird. Kerstan geht davon aus, dass in Dezember-Sitzung des AR Entscheidung über GuD oder nicht fällt.

Christian Maaß:

Primärenergiefaktor wegen EE-EinsparVO. Wärmeanforderungen an neue Gebäude. Je niedriger Faktor ist, desto besser wird Wärme bei Effizienz bewertet.

Jens Kerstan zu Manuels Gottschicks Frage:

Problem, dass Stadt jetzt nur 25,1% hat und Betriebsdaten dem Gesellschafter nicht zur Verfügung gestellt wurden von VF. Gibt auch keine gesetzliche Verpflichtung dazu. Er kündigt an, dass mit VF geredet werden soll und Kooperativität erwartet wird. Mehr als im BET-Prozess zur Verfügung gestellt wurde, gibt es bislang nicht. Er befürchtet, dass es vor einer 100%-Übernahme nichts werden wird, falls VF nicht kooperiert. Daher Frage von Manuel Gottschick z.Zt. nicht beantwortbar.

Manuel Gottschick: Man könnte es besser untersuchen. Netzverstärkung nicht genug untersucht, wo Netz verbessert werden kann, um KW kleiner zu machen. Das hängt aber auch an den Daten.

Jens Kerstan: Verbindung HafenCity – Westen vorhanden, wohl aber nicht genug ausgebaut, um Abwärme nach Westen zu bringen. Mehr Daten ohne Kooperation von VF nicht da. Ohne diese Daten schwer zu beurteilen.

Roland Schaeffler: Entscheidung sollte nicht im Dezember getroffen werden. Erst müssen alle Daten her, um Entscheidung zu treffen ...

Bürger aus Wedel:

Abwärme KokW Moorburg – warum wird sie nicht in der VWH-Fernwärme genutzt?

Ole Garcia Wilke: zu Wärmeplanung. Wärmegestehungskosten von größerer Solarthermie niedriger als bei kleinteiliger Solarthermie. Welche Möglichkeiten in HH? Kartierung von geeigneten (Dach-)Flächen? Und Anregung, mehr Flexibilitäten einzuplanen für ein zukunftsfähiges Wärmesystem.

Christian Maaß:

Auch bei Moorburg keine Abwärme, nicht nutzbar für FW. Temperatur müsste erst erheblich angehoben werden mit zusätzlichem Energieaufwand. Bilanziell im Sinne des Klimaschutzes kein Vorteil laut Arrhenius-Institut! Außerdem riesige Investitionen in Leitungen und Kettung an Kohle als schmutzigen Energieträger auf viele, viele Jahre. Wirtschaftliche Risiken des KW – daran sollte die Wärmeversorgung nicht gebunden werden.

Große Solarthermie: In Großstadt Flächenpotenziale begrenzt, aber Flächen gibt es doch, z. B. Energieberg Georgswerder.

Ole Garcia Wilke an Kerstan: Kann man Moorburg vom Netz nehmen? Frage zum Einsatz von Biomasse.

Jens Kerstan: Moorburg kann man nicht vom Netz nehmen. Eine Moorburgtrasse zum VWH-Netz ist klimapolitisch und von der Wirtschaftlichkeit her die schlechteste Lösung, auch ein Ergebnis des BET-Gutachtens.

Zur Biomasse: Es gibt den HET, der ganz massiv als Hauptkraftwerks-Großlösung für die Wedel-Alternativ zum KokW Wedel ein großes Biomasse-HKW einfordert. Das ist aus meiner Sicht umweltpolitisch und kostenmäßig nicht sinnvoll, da wir dann anfangen müssten, Plantagen für den Biomasse-Einsatzstoff zu errichten. Ausreichende Ressourcen in Norddeutschland an Biomasse nicht vorhanden. Borsigstraße verbraucht schon fast alles, entsprechender LKW-Verkehr, Kostenbasis wird zur Zeit untersucht. Aber es wird untersucht, ob dezentrale Biomasse kostenmäßig eine Alternative ist. Dazu muss aber das Netz so umgebaut werden, dass aus kleineren BHKWs und aus dezentraler Biomasse-Anlage eingespeist wird.

Aurubis will Abwärme auskoppeln. 1. Variante, die Aurubis-Wärme nicht ins FW-Netz von VWH einzuspeisen, sondern in ein gesondertes Nahwärmenetz, z. B. Rothenburgsort oder andernorts Elbe-aufwärts oder auch zukünftig auf dem Kl. Grasbrook. Aber meine Einschätzung ist, dass die Menge zu groß ist. 2. Variante, dass die AUrubis-Wärme im FW-Netz von VWH eingespeist wird. Es gibt die Idee, das am Standort HW HafenCity einzuspeisen. Dann müssen wir prüfen, inwieweit das Netz ertüchtigt werden muss, um die FW nach Westen zu bringen. Er meint, dass das aber nicht reicht, um vollständig auf Ersatz Wedel zu verzichten.

Solarthermie: Ein paar Standorte kommen großflächiger in Frage. Vorbild Dänemark begrenzt geeignet, da ländliche Flächen.

Nachfrage **Matthias Ederhof** zu Biomasse, welche Alternative favorisiert wird an Kerstan: Ich kann mir Biomasse-HKW als dezentrale kleiner Ergänzung vorstellen, z.B. am Standort Stellingen, wo ja die Stadtreinigung auch etwas im Bereich Biomasse plant. Eine zentrale Hauptalternative auf Biomasse-Basis dagegen nicht.

Matthias Ederhof: Dachflächen in Hamburg für Solarthermie entschlossen nutzen und Gründachverordnung überarbeiten.

Jens Kerstan: nicht ausgeschlossen.

Abschlussfrage an das Podium:

„Wäre es nicht eine Lösung der verfahrenen Situation in Altona, in dem wir ein Hamburger Wärmenetzgesetz als Landesgesetz beschließen, in dem u.a. ein verbindlich steigender Anteil an Erneuerbarer Wärme in jedem Wärmenetz vorgeschrieben wird?“

Hanne Harder: So ein Wärmenetzgesetz für Hamburg über schrittweisen Anstieg EE-Anteil in allen Wärmenetzen wäre eine tolle Sache. Wäre sicherlich positiv. Vorher Einigung politischer Vertreter auf FW-Strategie parteienübergreifend, behördeneinbindend. Wir brauchen ein Denken bis 2050. Man müsste sich von den eng gesetzten Zeithorizonten durch die Verträge lösen, da sich die Voraussetzungen sich entscheidend geändert haben. Zum Thema Mitte Altona und Einbindung EE-Wärme gehört auch die Einsicht, dass vorhandene fossile Anlagen nicht mehr mit so hoher Auslastung fahren können. Mit einer gemeinsamen Strategie können wir ziemlich viele Punkte für die Hamburger Energiewende umsetzen. Wenn wir weg kommen von diesem künstlichen von Verträgen gemachten Zeitdruck, haben wir plötzlich ganz neue Möglichkeiten. Wir haben Verträge, die unter Vorr. geschlossen worden, die sich inzwischen substantiell geändert haben. Zuerst brauchen wir eine vollständige Datenlage.

Christian Maaß zur Frage Landes-Wärmenetzgesetz:

Das Hamburg Institut hat den Gesetzentwurf für Thüringen dazu geschrieben. FW muss aber attraktiv bleiben, damit die Leute nicht rausgehen und Öl- oder Gasheizungen nutzen. Daher vernünftige Justierung notwendig. Ein Gesamtkonzept ist notwendig. Mittelfristige und langfristige Strategie nötig. Darauf aufbauend gesetzliche Regelungen und Entscheidung, was mit VWH-Netz geschieht, wenn es in FHH-Hand ist. Ansonsten bleibt es sehr schwierig Einzel-Fälle wie das GuD in Wedel richtig zu entscheiden. Dänemark ist hier sicherlich ein spannendes Anschauungsbeispiel. Dort haben alle Kommunen die Pflicht für sich jeweils einen verbindlichen Wärmeplan zu

entwickeln. Ich wünsche mir für Hamburg, daß wir auch so einen Wärmeplan für Hamburg entwickeln. Dann anschließend kann man das in gesetzliche Regelungen überführen.

Jens Kerstan:

Der Senat wird eine Strategische Wärmeplanung entwickeln, ebenso ist ein Wärmekataster sind vorgesehen. Eine gesetzliche Regelung ist von SPD nicht gewollt, da sie sich als zukünftige Netzinhaber nicht selbst binden wollen. Also wird kein Wärmenetzgesetz kommen. Was geht: FW-Netz umbauen, andere Wärmenetze auch beachten. Zielkonflikte sozialverträglich und kostengünstig und klimaverträglich, wenn Netz HH gehört. Wir wollen das Fernwärmenetz so umbauen, daß andere Erzeugungsquellen einspeisen können. Wir haben als zukünftiger Eigentümer aber auch eine Verantwortung für einen wirtschaftlichen und damit preisgünstigen Betrieb der Gesamtanlagen.

Aurubis: Im Sommer ist der Wärmebedarf in der Gdrunglast durch die Müllverbrennungsanlage Borsigstraße gedeckt. Wenn Wärme Aurubis dazukommt kann Borsigstraße nur noch Strom verkaufen.

Wir müssen uns auch daran gewöhnen, daß wir nach der vollständigen Rekommunalisierung auch Gedanken um den wirtschaftlichen Betrieb machen müssen, nicht nur volkswirtschaftlich und aus Sicht der Energiewende.

In diesem Jahr nur Entscheidung über GuD-Szenario im Kaufvertrag für VWH. Die Entscheidung hat eine große Bedeutung und muss deshalb wohl überlegt sein.